MUSTER-PRESSEMITTEILUNG

POLITISCHE FORDERUNGEN DES FAIREN HANDELS – MENSCHEN- UND ARBEITSRECHTE WELTWEIT VERBINDLICH SCHÜZTEN!

AM 12. MAI IST WELTLADENTAG

Berlin / Mainz, 06.03.2018 – Anlässlich des Weltladentages am 12. Mai rufen das Forum Fairer Handel und der Weltladen-Dachverband erneut dazu auf, die Ausbeutung von Mensch und Umwelt durch Unternehmen zu stoppen.

Knapp ein halbes Jahr gab es in Deutschland keine amtierende Regierung. Seit dem 04.03.2018 steht endlich fest, dass sich CDU, CSU und SPD zur Großen Koalition zusammentun. Nach der Zeit des Wartens erinnert nun die Kampagne vom Forum Fairer Handel und dem Weltladen-Dachverband die GroKo an dringend anliegende Aufgaben.

Größter Handlungsbedarf besteht aus Sicht des Fairen Handels bei den oft unfairen Handelspraktiken in der Wirtschaft. Nach wie vor werden bei der Herstellung unserer Alltagsprodukte häufig Menschenrechte verletzt und die Umwelt zerstört. Auch deutsche Unternehmen sind immer wieder an Menschenrechtsverletzungen im Ausland beteiligt oder profitieren davon.

Daher wenden sich die Weltläden in ganz Deutschland am Weltladentag, dem 12. Mai mit einer Unterschriftenaktion an die Bundestagsabgeordneten und fordern sie – nicht zum ersten Mal – dazu auf, sich für eine gesetzliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen einzusetzen.
Allein letztes Jahr hatten im Vorfeld der Bundestagswahl mindestens 65 Weltläden Kontakt zu etwa 160 Kandidat/innen. Davon wurden 80 Personen im Herbst in den Bundestag gewählt. Genau diese Abgeordneten spricht die Kampagne in diesem Jahr erneut an. Denn sie kennen und unterstützen bereits die Visionen der Weltladen-Bewegung. Die große Mehrheit dieser Parlamentarier sagte schwarz auf weiß zu, sich für die politischen Forderungen des Fairen Handels in ihrer Zeit im Bundestag einzusetzen.

Menschenrechtsverletzungen stellen im globalen Wirtschaftssystem keine Ausnahme dar. Oft speisen sich Unternehmensgewinne systematisch aus menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und niedrigen Umweltstandards. Wenn Unternehmen im Ausland die Rechte von Arbeiter/innen verletzen, die lokale Bevölkerung von ihrem Land vertreiben oder Schäden für Umwelt und Gesundheit verursachen, bleibt dies für sie jedoch häufig ohne rechtliche Folgen. Betroffene finden weder vor Ort noch in den Heimatländern der Unternehmen Rechtsschutz und Wiedergutmachung. Die deutsche Politik hat in den letzten Jahren viele Möglichkeiten verpasst, die Ausbeutung von Mensch und Umwelt bei der Herstellung unserer Alltagsprodukte zu stoppen und verbindliche menschenrechtliche Vorgaben für Unternehmen zu beschließen.

Das Forum Fairer Handel und der Weltladen-Dachverband fordern deshalb:

- Eine verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für deutsche Unternehmen entlang ihrer gesamten Lieferkette!
- Eine konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP)!
- Eine konstruktive Unterstützung des UN-Treaty Prozesses durch die Bundesregierung!
- Und strengere Indikatoren in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie für eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen!